

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur
Sitzungsnummer	JSSSK/011/16-21
Sitzungsdatum	Dienstag, den 06.02.2018
Sitzungsbeginn	18:30 Uhr
Sitzungsende	19:30 Uhr
Ort	Sitzungssaal Gebäude I, Raum 001, Mainzer-Tor-Anlage 6, 61169 Friedberg (Hessen)

Teilnehmerliste

Vorsitzende

Frau Martina Pfannmüller

Mitglieder

Frau Anja El Fechtali
 Herr Achim Güssgen-Ackva in Vertretung für Frau Dr. Regina Bechstein-Walther
 Herr Timo Haizmann
 Frau Kristina Krüger
 Herr Reiner Veith
 Herr Erich Wagner
 Frau Evelyn Weiß in Vertretung für Frau Reyhan Demir
 Frau Sybille Wodarz-Frank

Schriftführer

Herr Sebastian Dein

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Herr Carl Cellarius
 Frau Silvia Elm-Gelsebach
 Frau Marion Götz
 Herr Hendrik Hollender
 Herr Norbert Simmer
 Herr Benjamin Ster

Mitglieder des Magistrates

Herr Bürgermeister Dirk Antkowiak
 Herr Stadtrat Gerhard Bohl
 Frau Stadträtin Claudia Eisenhardt
 Herr Stadtrat Markus Alexander Fenske
 Herr Stadtrat Klaus Fischer
 Herr Stadtrat Alfons Janke
 Herr Stadtrat Ortwin Musch
 Herr Stadtrat Dr. Olaf Osten

Verwaltung

Frau Christine Böhmerl;
Leiterin des Amtes für soziale und kulturelle
Dienste und Einrichtungen
Frau Ann Kathrin Magic;
Mitarbeiterin des Stadtbauamtes

Abwesenheit:

Mitglieder

Frau Dr. Regina Bechstein-Walther	entschuldigt
Frau Reyhan Demir	entschuldigt

Ausschussvorsitzende Pfannmüller eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß. Einwände gegen die Tagesordnung ergehen nicht.

Tagesordnung:

1	11-16/0683-3	Vertragsverlängerung "Quartiersmanagement der östlichen Altstadt" mit dem Diakonischen Werk Wetterau bis zum 31.12.2019
2	16-21/0485-1	Einführung eines Sozialpass Bezug: Antrag der Fraktion die Linke. vom 07.09.2017
3	16-21/0523	Sportplatzentwicklung Friedberg-Fauerbach
4	16-21/0593	Abschluss Anwartschaftszeitraum Entroncamentos zur Städtepartnerschaft am 01.08.2018, offizielle Städtepartnerschaft mit Unterzeichnung der Verträge am 15.09.2018
5		Verschiedenes
5.1		Verschiedenes; hier: Waldbestattung im Ossenheimer Wäldchen

1. 11-16/0683-3 Vertragsverlängerung "Quartiersmanagement der östlichen Altstadt" mit dem Diakonischen Werk Wetterau bis zum 31.12.2019

Amtsleiterin Böhmerl erläutert die Vorlage und verweist dabei auch auf die damalige Präsentation. Bürgermeister Antkowiak empfiehlt, der Vorlage zuzustimmen. Da keine Rückfragen bestehen, lässt Vorsitzende Pfannmüller darüber abstimmen:

Beschluss:

Der am 11.08.2016 geschlossenen Vertrag mit dem Diakonischen Werk Wetterau über die Leistungen des Quartiersmanagements in der östlichen Altstadt wird bis zum 31.12.2019 verlängert. Die Verwaltung wird beauftragt, die finanziellen Mittel dementsprechend einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

2. 16-21/0485-1 Einführung eines Sozialpass
Bezug: Antrag der Fraktion die Linke. vom 07.09.2017

Vorsitzende Pfannmüller verweist auf den vorliegenden Sachstandsbericht der Verwaltung. Mitglied Güssgen-Ackva vertritt die Meinung, dass der Antragstext „Einführung eines Sozialpasses“ heißen müsse. Bürgermeister Antkowiak entgegnet, dass die Verwaltung lediglich den exakten Text des Antrages der Fraktion Die Linke. übernommen habe.

Mitglied El-Fechtali berichtet zur Mitteilungsvorlage, dass das darin genannte Bildungs- und Teilhabepaket keinen Passus zur direkten Förderung von Ferienfreizeiten enthalte. Dort seien für Berechtigte lediglich 10 € pro Monat frei verfügbar, die entweder für Vereinsmitgliedschaften oder für Jugendfreizeiten genutzt werden könnten. Zudem sei die Regelung wohl auch in den Bundesländern verschieden. Sie kündigt zudem an, der Verwaltung Unterlagen zu übergeben, die dann dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden.

Amtsleiterin Böhmerl beantwortet sodann Ihre Fragen zum Kinderplaneten, der als Gesamtangebot bereits durch die Stadt subventioniert werde und bei dem bei finanziellen Schwierigkeiten der Eltern bisher immer eine Klärung mit den zuständigen Stellen des Wetteraukreises erzielt werden konnte. Der Ausschuss wünscht eine Aufstellung, wie die Gesamtfinanzierung des Kinderplaneten inklusive der Einnahmen aussieht.

In Redebeiträgen der Ausschussmitglieder Wodarz-Frank, Wagner, Veith und Güssgen-Ackva kommt zum Ausdruck, dass es bereits, wie in der Mitteilungsvorlage der Verwaltung aufgezeigt wurde, zahlreiche Angebote und Ermäßigungsmöglichkeiten gibt, durch die sich der Antrag eigentlich erledigt habe.

Stadtrat Fenske gibt zu bedenken, dass der SGB XII-Bezug aus seiner Sicht bisher fehle. Dieser Personenkreis umfasse nicht nur die in der Mitteilungsvorlage Aufgeführten, sondern noch weitere, die derzeit noch keinen Rabatt erhalten. Man könnte den Ausweis der Friedberger Tafel nutzen, um den Leistungsbezug nachzuweisen, ohne die Verwaltung damit zusätzlich zu belasten. Eigentlich sei die Stadt nicht der richtige Adressat der Vorlage, trotzdem sei die Vorlage wichtig und gut.

Amtsleiterin Böhmerl ergänzt, dass die Idee, den Tafel-Ausweis als Legitimation zu benutzen, durch einfache Verwaltungsanordnung (ohne Gebührensatzungsänderungen usw.) eingeführt werden könne.

Stadtverordneter Simmer erhält als Vorstandsmitglied der Friedberger Tafel e.V. das Wort und erläutert das System des Tafel-Ausweises. Der Vorstand der Tafel hätte mit diesem Vorschlag kein Problem, könne jedoch nicht sicherstellen, dass abgelaufene Ausweise nicht noch weiter benutzt werden, da die Ausweise nach entsprechender Prüfung des Sozialbescheides ausgehändigt würden. Derzeit gebe es 1700 Ausweisinhaber, wovon 500 Kinder seien. Stadtverordnete Elm-Gelsebach fragt nach, ob dies nur Friedberger Bürgerinnen und Bürger seien, was Stadtverordneter Simmer verneint, man könne den Wohnort aber anhand des auf dem Ausweis vermerkten Wohnsitzes überprüfen.

Mitglied El Fechtali gibt zu bedenken, dass nicht alle Bedürftigen auch auf einen Tafel-Ausweis zugreifen können / wollen und das dadurch wieder nur ein gewisser Personenkreis erfasst sei, was Ihr nicht weit genug gehe. Mit einem Sozialpass wäre dies viel einfacher.

Mitglied Wagner vertritt die Auffassung, dass eigentlich die Jobcenter eine solche kleine Karte / Sozialpass erstellen müssten.

Stadtrat Fenske gibt hierzu zu bedenken, dass es nicht nur eine Anspruchsstelle / Sozialbehörde gibt, sondern beispielsweise den Wetteraukreis, das Jobcenter, die Wohngeldstelle usw., daher fände er den pragmatischen Vorschlag mit dem Tafel-Ausweis gut. Es sollten jedoch in den Preisermäßigungen einiger städtischer Einrichtungen und dem Schwimmbad-Zweckverband noch Berechtigte nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz aufgenommen werden.

Mitglied Güssgen-Ackva plädiert auch dafür, diesen pragmatischen Vorschlag zu nutzen, denn die Stadt erbringe bereits auch ohne Anträge viele Leistungen und ermäßigte Leistungen. Die Menschen, die nicht zur Tafel gehen wollen, würden aus seiner Sicht auch den zur Diskussion stehenden Sozialpass aus Schamgefühl nicht nutzen.

Da nur der Sachstandsbericht auf der Tagesordnung stehe, nicht jedoch der Ursprungsantrag, empfiehlt Mitglied Wagner, die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis zu nehmen und den Antrag im Ausschuss zu belassen, um der Fraktion Die Linke. Zeit zu geben, den Antrag noch einmal in Gänze zu überdenken und möglicherweise zurückzuziehen. Mitglied El Fechtali kündigt an, den Antrag keinesfalls zurückzuziehen. Es entwickelt sich sodann ein Wortgefecht zwischen einigen Ausschussmitgliedern und Stadtverordneten über die Haltbarkeitsdaten der von der Friedberger Tafel e. V. verteilten Lebensmittel.

Stadtverordneter Cellarius erkennt in seinem Redebeitrag die Zielrichtung des Antrages als richtig, die Kosten jedoch als unklar an. Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wollten Teilhabemöglichkeiten der Ärmern am gesellschaftlichen Leben in der Stadt. Die Verwaltung solle daher auch die kulturellen Veranstaltungen in der Stadthalle und den Stadtbus in diesem Zusammenhang einmal beleuchten.

Stadtrat Fenske unterbreitet den Vorschlag, die Gesamthematik aufgrund der vielfältigen heutigen Anregungen zunächst noch einmal im Magistrat zu beraten und die Idee der Anerkennung des Ausweises der Friedberger Tafel zum Erhalt von Sozialermäßigungen in einer neuen Vorlage zu behandeln.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis und stimmt diesem Vorschlag einmütig und ohne Abstimmung zu.

3. 16-21/0523 Sportplatzentwicklung Friedberg-Fauerbach

Frau Magic von der Stadtplanungsabteilung erhält das Wort und berichtet kurz von der den Mitgliedern des Ausschusses vorliegenden und in der letzten Sitzung präsentierten ausführlichen Synopse einer Umwandlung des Fauerbacher Rasenplatzes. Diese sah entweder einen Kunstrasenplatz am Standort oder eine Vergrößerung der Sportanlage um einen zweiten Fußballplatz nördlich des Sportplatzes und ein zusätzlich denkbare allgemeines Wohngebiet und nördlich und nord-westlich des Sportplatzes vor.

Gemäß der Empfehlung der Verwaltung ist ein Kunstrasenplatz mit einer Spielfeldgröße von 90 x 55 Metern am Standort des jetzigen Rasenplatzes realisierbar, hinzu kommen die nötigen Sicherheitsabstände von mindestens jeweils 3 Metern hinter den Toren und mindestens jeweils 2 Metern an den Längsseiten des Platzes. Unter Berücksichtigung dieser Maße bestünde dann noch ein ausreichender Abstand zur zukünftig eventuell nötigen (und dann breiter als heute auszubauenden) Erschließungsstraße östlich des Platzes, sowie zum bestehenden Vereinsheim.

Herr Michael Richly erhält als Vorsitzender des Fußballvereines FC Olympia 1909 Fauerbach e. V. einmütig das Wort erteilt und zeigt sich aus Vereinssicht als zufrieden mit dieser Lösung, dies jedoch unter der klaren Maßgabe, dass der Platz eine Netto-Spielfeldbreite von mindestens 55 Metern erhält. Er erinnert an die soziale Verantwortung des Vereines, die bereits seit Jahrzehnten gelebt werde und findet es wichtig, dass nun mit dem schwierigen alten Rasenplatz etwas passiert und das Projekt nicht weiter vertagt wird.

Vorsitzende Pfannmüller fragt, ob es bereits konkrete Planungen zu einer in der Synopse angedachten Vereinsheimerweiterung gibt. Frau Magic berichtet, dass dies weder planerisch noch finanziell bisher der Fall ist. Solch ein Projekt muss zuerst beantragt, geplant und finanziert werden. Da bisher keine Entscheidung für eine der vorgelegten verschiedenen Varianten hinsichtlich des Platzes (als bisher alleinig betrachteten Problemschwerpunkt) in Fauerbach getroffen wurde, gäbe es aber bisher keine Planung hierüber.

Aus dem Ausschuss und auch seitens des Vereines besteht weiterhin ein grundsätzliches Informationsbedürfnis hinsichtlich des Sachstandes der Verhandlungen mit der Südzucker AG über die für die zweite Variante der Synopse nötigen Flächen nördlich und nord-westlich des derzeitigen Sportplatzes. Der Ausschuss wünscht hierzu zeitnah einen Sachstandsbericht mit Zeitschiene. Stadtrat Fenske als Vertreter des Bürgermeisters hält dies für legitim und sagt es grundsätzlich zu, bittet aber um Verständnis aufgrund der noch laufenden Einarbeitungszeit des neuen Bürgermeisters, der das zuständige Dezernat erst vor einem Monat übernommen habe.

Nach einem Redebeitrag von Mitglied Güssgen-Ackva hinsichtlich der Planung von Ausweichlösungen während der Bauphase für den Verein liest Ausschussvorsitzende Pfanmüller den Beschlussentwurf vor und lässt darüber abstimmen:

Beschluss:

Der vorhandene Sportplatz in Fauerbach wird als Kunstrasenplatz ausgebaut. Die dafür notwendigen Mittel sind im Haushaltsplan 2018 bereit zu stellen. Der Sperrvermerk unter der Kostenstelle 4.561004 Investition-Nr. 1.0533.05 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

4.	16-21/0593	Abschluss Anwartschaftszeitraum Entroncamentos zur Städtepartnerschaft am 01.08.2018, offizielle Städtepartnerschaft mit Unterzeichnung der Verträge am 15.09.2018
-----------	-------------------	---

Beschluss:

Im Rahmen der dreijährigen Anwartschaft Entroncamentos zur Städtepartnerschaft fand bereits ein reger Austausch der Bürgerinnen und Bürger statt. Die Verwaltung wird beauftragt mit Entroncamento Verträge für eine Städtepartnerschaft vorzubereiten. Die offizielle Unterzeichnung der Verträge wird auf den 15.09.2018 um ca. 16:00 Uhr terminiert. Nach dem Festakt wird gemeinsam der Herbstmarkt besucht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

5.	Verschiedenes
-----------	----------------------

5.1.	Verschiedenes; hier: Waldbestattung im Ossenheimer Wäldchen
-------------	--

Mitglied Wagner erinnert erneut an seine ältere Anfrage zur Waldbestattung im Ossenheimer Wäldchen. Es sollte seinerzeit eine Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebundes eingeholt werden, die er erneut anmahnt. Stadtrat Fenske als Vertreter des Bürgermeisters ist hierzu aktuell nichts bekannt, er wird es aber im Magistrat thematisieren. Über dieses Thema soll sodann in der nächsten Ausschusssitzung berichtet werden. Mitglied Wagner verweist in diesem Zusammenhang auch auf Überlegungen über Baumbestattungen in Bruchenbrücken, von denen er aus der Presse erfahren hat. Daher sei dieses Thema vielleicht auch in allen anderen Stadtteilen anzugehen, da das Bestattungswesen sich im Umbruch befinde.

Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dankt Vorsitzende Pfanmüller den Anwesenden für ihre Beteiligung und schließt die Sitzung.

gez.: Pfanmüller
(Vorsitzender)

gez.: Dein
(Schriftführer)